# Bundesgesetzblatt

Teil I

Z 1997 A

| 1976 | Ausgegeben zu Bonn am 12. Juni 1976 | Nr. 66 |
|---|---|---|




## Verordnung über das Berufsbild und über die Prüfungsanforderungen im praktischen Teil und im fachtheoretischen Teil der Meisterprüfung für das Schlosser-Handwerk

**Vom 2. Juni 1976**

Auf Grund des § 45 Nr. 1 und 2 der Handwerksordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. 1966 I S. 1), zuletzt geändert durch § 64 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. April 1976 (Bundesgesetzbl. I S. 965), wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft verordnet:

### 1. Abschnitt
### Berufsbild

#### § 1
#### Berufsbild

(1) Dem Schlosser-Handwerk sind folgende Tätigkeiten zuzurechnen:

1. Entwurf und Herstellung von Konstruktionen des Stahl- und Metallbaus;
2. Entwurf und Bau von vorgehängten Kalt- und Warmfassaden, Schaufenstern und Eingangsanlagen sowie von Wänden und Decken bei vorwiegender Verwendung von Stahl, Nichteisenmetallen und Kunststoffen;
3. Herstellung und Einbau von Fenstern, Türen, Toren, Geländern und Rollgittern aus Stahl, Nichteisenmetallen und Kunststoffen sowie von Beschlägen und Raum- und Diebstahlsicherungen;
4. Anfertigung von Sonnenschutzanlagen mit und ohne Antrieb;
5. Entwurf und Herstellung von Aufzugs-, Transport- und Fördereinrichtungen;
6. Bau von Transportmitteln ohne Eigenantrieb;
7. Anfertigung von drucklosen Behältern, insbesondere Lager- und Mischbehältern, sowie Verlegung der Rohrleitungen;
8. Herstellung von wärme- und kühltechnischen Geräten und Einrichtungen für gewerbliche Zwecke;
9. Herstellung von Metallmöbeln, Spiel- und Sportgeräten;
10. Entwurf und Gestaltung von kunstschlosserischen Arbeiten;
11. Herstellung von Draht- und Sieberzeugnissen;
12. Montage von Blitzschutzanlagen.

(2) Dem Schlosser-Handwerk sind folgende Kenntnisse und Fertigkeiten zuzurechnen:

1. Kenntnisse der Mechanik und Festigkeitslehre;
2. Kenntnisse über Bauphysik, insbesondere Schall- und Wärmeschutz;
3. Kenntnisse über Elektrotechnik;
4. Kenntnisse über Maschinenelemente;
5. Kenntnisse über Thermodynamik;

6. Kenntnisse der physikalischen Grundlagen beim Bau von Blitzschutzanlagen;
7. Kenntnisse des Weich- und Hartlötens, des Gas- und Lichtbogenschweißens und des Flammrichtens;
8. Kenntnisse über teil- und vollmechanisierte Schweißverfahren;
9. Kenntnisse der Oberflächenbehandlung und des Korrosionsschutzes;
10. Kenntnisse der Werk- und Hilfsstoffe;
11. Kenntnisse der einschlägigen Vorschriften der Unfallverhütung, des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit;
12. Kenntnisse der einschlägigen DIN-Normen sowie über die Verdingungsordnung für Bauleistungen, die Allgemeinen Blitzschutzbestimmungen, die wasserrechtlichen Vorschriften, die Vorschriften des Immissionsschutzes und die immissionsschutzrechtlich wichtigen VDI-Richtlinien;
13. Entwerfen und Anfertigen von Skizzen, Abwicklungen und Zeichnungen sowie Lesen von Sinnbildern;
14. spanendes und spanloses Be- und Verarbeiten von Stählen, Nichteisenmetallen und Kunststoffen;
15. Umformen und Spannen von Aluminium-Halbzeugen;
16. Schmiedetechniken, insbesondere Spalten, Absetzen, Lochen und Stauchen;
17. Herstellen von lösbaren und unlösbaren Verbindungen;
18. Gefügebehandeln von Metallen;
19. Dämmen und Dichten von Erzeugnissen des Stahl- und Metallbaus;
20. Entwerfen, Anbringen, Prüfen, Überwachen und Instandsetzen von Blitzschutzanlagen nach den Allgemeinen Blitzschutzbestimmungen;
21. Einsetzen, Befestigen und Kleben von Füllungen in Bauwerken;
22. Errichten von Arbeitsgerüsten;
23. Einbauen, Inbetriebnehmen, Prüfen, Instandsetzen und Warten der in Absatz 1 genannten Erzeugnisse;
24. Warten der Maschinen und Geräte sowie Instandhalten der Werkzeuge.

## 2. Abschnitt
## Prüfungsanforderungen in den Teilen I und II der Meisterprüfung

### § 2
### Gliederung, Dauer und Bestehen der praktischen Prüfung (Teil I)

(1) In Teil I sind eine Meisterprüfungsarbeit anzufertigen und eine Arbeitsprobe auszuführen. Bei der Bestimmung der Meisterprüfungsarbeit sollen die Vorschläge des Prüflings nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

(2) Die Meisterprüfungsarbeit soll nicht mehr als 8 Arbeitstage, die Arbeitsprobe nicht mehr als 8 Stunden dauern.

(3) Mindestvoraussetzung für das Bestehen des Teils I sind jeweils ausreichende Leistungen in der Meisterprüfungsarbeit und in der Arbeitsprobe.

### § 3
### Meisterprüfungsarbeit

(1) Als Meisterprüfungsarbeit ist eine der nachstehenden Arbeiten anzufertigen:

1. Eine Trag-, Stütz- oder Dachkonstruktion einer Überdachung aus Stahl oder Aluminium für ruhende Belastung;
2. eine gerade oder gewendelte Treppe mit Wange, Spindel oder Mittelholm einschließlich Geländer;
3. ein Abschlußteil für Fassade, Wand- oder Deckenöffnung mit Dreh-, Kipp-, Schwenk-, Wende- oder Schiebeflügeln und Beschlägen;
4. eine offene oder geschlossene Blechkonstruktion aus Stahl oder Aluminium mit Verbindungs- oder Bedienungsteilen;
5. eine Aufzugs-, Transport- oder Fördereinrichtung mit oder ohne Antrieb;
6. ein Wandtresor;
7. eine kunstschlosserische Arbeit für Haus- oder Gartengestaltung.

(2) Der Prüfling hat dem Meisterprüfungsausschuß vor Anfertigung der Meisterprüfungsarbeit eine Entwurfsskizze mit Hauptabmessungen, die Stückliste und die Vorkalkulation vorzulegen. Nach Genehmigung dieser Unterlagen ist die Zeichnung anzufertigen und dem Meisterprüfungsausschuß zu übergeben.

(3) Mit der Meisterprüfungsarbeit ist die Nachkalkulation abzuliefern.

### § 4
### Arbeitsprobe

(1) Als Arbeitsprobe sind 2 der nachstehenden Arbeiten, davon Nummer 4, auszuführen:

1. Herstellen einer geschraubten oder geklebten Eckverbindung mit Beschlageinbau;
2. Einpassen von Profilbauteilen unterschiedlicher Abmessungen;
3. Anfertigen von Anreiß- oder Bearbeitungswerkzeugen;
4. Lichtbogenschweißen von Kehl- und V-Nähten in verschiedenen Positionen an 6 bis 12 mm dicken Blechen und Profilen;
5. Gasschweißen von I-Nähten in verschiedenen Positionen an Blechen und Rohren in Nennweiten von 40 bis 150 mm und Werkstückdicken von 2 bis 5 mm.

(2) Im Rahmen der Arbeitsprobe sind die wichtigsten Fertigkeiten und Kenntnisse zu prüfen, die in der Meisterprüfungsarbeit nicht oder nur unzureichend nachgewiesen werden konnten.

§ 5

**Prüfung der fachtheoretischen Kenntnisse (Teil II)**

(1) Im Teil II sind Kenntnisse in den folgenden 5 Prüfungsfächern nachzuweisen:

1. Technische Mathematik:
   a) Berechnung aus der Mechanik, insbesondere von Übersetzungen, Leistung, Druck und Kraft,
   b) Berechnung von Zug-, Schub-, Druck- und Biegespannungen;
2. Technisches Zeichnen:
   a) Anfertigung von Skizzen, Abwicklungen und Zeichnungen,
   b) Lesen von Sinnbildern;
3. Fachtechnologie:
   a) Mechanik und Festigkeitslehre,
   b) Bauphysik, insbesondere Schall- und Wärmeschutz,
   c) Elektrotechnik,
   d) Maschinenelemente,
   e) Thermodynamik,
   f) physikalische Grundlagen beim Bau von Blitzschutzanlagen,
   g) Weich- und Hartlöten, Gas- und Lichtbogenschweißen, Flammrichten sowie teilmechanisierte und vollmechanisierte Schweißverfahren,
   h) Oberflächenbehandlung und Korrosionsschutz,
   i) einschlägige Vorschriften der Unfallverhütung, des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit,
   j) einschlägige DIN-Normen, Verdingungsordnung für Bauleistungen, Allgemeine Blitzschutzbestimmungen, wasserrechtliche Vorschriften, Vorschriften des Immissionsschutzes und immissionsschutzrechtlich wichtige VDI-Richtlinien;
4. Werkstoffkunde:
   a) Arten, Eigenschaften, Bezeichnungen, Verwendung und Verarbeitung der Werk- und Hilfsstoffe,
   b) Werkstoffprüfung,
   c) Gefügebehandlung durch Glühen, Härten und Anlassen;
5. Vorkalkulation mit den für die Preisbildung wesentlichen Faktoren, insbesondere Material- und Arbeitszeitberechnung, Festlegung der Kostenstellen sowie Ermittlung von Gemeinkostenzuschlagssätzen und Verteilung der Kosten auf die Kostenträger.

(2) Die Prüfung ist schriftlich und mündlich durchzuführen.

(3) Die schriftliche Prüfung soll nicht mehr als 8 Stunden, die mündliche Prüfung nicht mehr als eine halbe Stunde je Prüfling dauern.

(4) Der Prüfling ist von der mündlichen Prüfung zu befreien, wenn er im Durchschnitt mindestens gute schriftliche Leistungen erbracht hat.

(5) Soweit die Prüfung programmiert durchgeführt wird, kann abweichend von Absatz 2 auf die mündliche Prüfung verzichtet werden.

(6) Mindestvoraussetzung für das Bestehen des Teils II sind ausreichende Leistungen in jedem der in Absatz 1 Nr. 1, 3, 4 und 5 genannten Prüfungsfächer.

## 3. Abschnitt

## Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 6

**Übergangsvorschrift**

Bei Inkrafttreten dieser Verordnung laufende Prüfungsverfahren werden nach den bisherigen Vorschriften zu Ende geführt.

§ 7

**Weitere Anforderungen**

Die weiteren Anforderungen in der Meisterprüfung bestimmen sich nach der Verordnung über gemeinsame Anforderungen in der Meisterprüfung im Handwerk vom 12. Dezember 1972 (Bundesgesetzbl. I S. 2381) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 8

**Berlin-Klausel**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 128 der Handwerksordnung auch im Land Berlin.

§ 9

**Inkrafttreten**

(1) Diese Verordnung tritt am 1. September 1976 in Kraft.

(2) Auf Grund des § 122 der Handwerksordnung weiter anzuwendende Vorschriften sind, soweit sie Gegenstände dieser Verordnung regeln, nicht mehr anzuwenden.

Bonn, den 2. Juni 1976

Der Bundesminister für Wirtschaft
In Vertretung
Dr. Schlecht

# Verordnung über die Gebühren im Post- und Fernmeldeverkehr mit der Deutschen Post der Deutschen Demokratischen Republik

**Vom 4. Juni 1976**

Auf Grund des § 14 des Postverwaltungsgesetzes vom 24. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 676) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft verordnet:

§ 1

Die Gebühren im Post- und Fernmeldeverkehr mit der Deutschen Post der Deutschen Demokratischen Republik werden auf die in der Anlage zu dieser Verordnung angegebenen Beträge festgesetzt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 37 des Postverwaltungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1976 in Kraft.

Bonn, den 4. Juni 1976

Der Bundesminister
für das Post- und Fernmeldewesen
K. Gscheidle

Anlage

# Gebühren
# im Post- und Fernmeldeverkehr
# mit der Deutschen Post der Deutschen Demokratischen Republik

Übersicht

## A. Postdienst

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr DM | Gebühr Pf |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | |
| | **I. Briefsendungen** | | |
| 1 | Standardbrief | — | 50 |
| 2 | Brief | | |
| | bis 50 g | — | 80 |
| | über 50 bis 100 g | 1 | 20 |
| | über 100 bis 250 g | 1 | 60 |
| | über 250 bis 500 g | 2 | — |
| | über 500 bis 1 000 g | 2 | 40 |
| | über 1 000 bis 2 000 g | 2 | 80 |
| 3 | Standardbrief von Berlin (West) nach Berlin (Ost) | — | 30 |
| 4 | Brief von Berlin (West) nach Berlin (Ost) | | |
| | bis 50 g | — | 40 |
| | über 50 bis 100 g | — | 60 |
| | über 100 bis 250 g | — | 80 |
| | über 250 bis 500 g | 1 | — |
| | über 500 bis 1 000 g | 1 | 20 |
| | über 1 000 bis 2 000 g | 2 | 80 |
| 5 | Postkarte | — | 40 |
| 6 | Postkarte von Berlin (West) nach Berlin (Ost) | — | 20 |
| 7 | Standarddrucksache | — | 30 |
| 8 | Drucksache | | |
| | bis 50 g | — | 50 |
| | über 50 bis 100 g | — | 60 |
| | über 100 bis 250 g | — | 70 |
| | über 250 bis 500 g | 1 | 20 |
| | über 500 bis 2 000 g | 2 | — |
| | jede weiteren 1 000 g | — | 40 |
| 9 | Drucksache zu ermäßigter Gebühr | | |
| | bis 50 g | — | 30 |
| | über 50 bis 100 g | — | 30 |
| | über 100 bis 250 g | — | 40 |
| | über 250 bis 500 g | — | 60 |
| | über 500 bis 1 000 g | 1 | 10 |
| | über 1 000 bis 2 000 g | 1 | 70 |
| | für jede weiteren 1 000 g | — | 30 |

| lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr DM | Pf |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | |
| 10 | Blindensendung | Gebührenfreie Beförderung | |
| 11 | Päckchen | | |
| | bis 100 g | — | 60 |
| | über 100 bis 250 g | — | 70 |
| | über 250 bis 500 g | 1 | 20 |
| | über 500 bis 2 000 g | 2 | — |

**Zu lfd. Nr. 8**

Das Höchstgewicht beträgt 2 kg, für Bücher (einschl. Broschüren) 5 kg.

**Zu lfd. Nr. 9**

Das Höchstgewicht beträgt 2 kg, für Bücher (einschl. Broschüren) 5 kg.

**Zu lfd. Nr. 10**

Das Höchstgewicht beträgt 7 kg. Bei Beförderung auf dem Luftweg ist die Luftpostgebühr zu entrichten.

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr 1. Zone bis 150 km DM | Pf | 2. Zone über 150 km bis 300 km DM | Pf | 3. Zone über 300 km DM | Pf |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | | | | | |
| | **II. Pakete** | | | | | | |
| 12 | a) Standardpaket | | | | | | |
| | bis 5 kg | 3 | 10 | 3 | 30 | 3 | 50 |
| | über 5 bis 6 kg | 3 | 60 | 4 | 10 | 4 | 60 |
| | über 6 bis 7 kg | 4 | 10 | 4 | 90 | 5 | 70 |
| | über 7 bis 8 kg | 4 | 60 | 5 | 70 | 6 | 80 |
| | über 8 bis 9 kg | 5 | 10 | 6 | 50 | 7 | 90 |
| | über 9 bis 10 kg | 5 | 60 | 7 | 30 | 9 | — |
| | b) Paket bis 10 kg | Gebühr für ein Standardpaket gleichen Gewichts zuzüglich 1,— DM | | | | | |
| | c) Paket über 10 kg | | | | | | |
| | über 10 bis 12 kg | 6 | 60 | 8 | 70 | 10 | 50 |
| | über 12 bis 14 kg | 7 | 60 | 10 | 10 | 12 | 10 |
| | über 14 bis 16 kg | 8 | 60 | 11 | 50 | 13 | 80 |
| | über 16 bis 18 kg | 9 | 60 | 12 | 90 | 15 | 60 |
| | über 18 bis 20 kg | 10 | 60 | 14 | 30 | 17 | 50 |
| 13 | Zuschlag für ein sperriges Paket oder ein Paket mit zerbrechlichem Inhalt | 50 v. H. der Paketgebühr, mindestens 3,— DM | | | | | |

**Zu lfd. Nr. 12**

Quaderförmige Pakete bis 10 kg sind Standardpakete, wenn ihre Länge nicht größer als 70 cm, ihre Breite nicht größer als 50 cm und ihre Höhe nicht größer als 50 cm ist.

Bis zum 31. Dezember 1976 gilt jedes nichtsperrige Paket bis 10 kg als Standardpaket.

**Zu lfd. Nr. 13**

Bis zum 31. Dezember 1976 wird bei den Paketen bis 10 kg der Berechnung der Gebühr einschließlich des Sperrgutzuschlags die Gebühr für Standardpakete zugrundegelegt.

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr DM | Gebühr Pf |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | |
| | **III. Besondere Versendungsformen** | | |
| 14 | Wertgebühr für eine Sendung | | |
| | a) Briefe | | |
| | bis 500 DM der Wertangabe | 2 | — |
| | für jede weiteren 500 DM der Wertangabe | 1 | — |
| | b) Pakete | | |
| | bis 500 DM der Wertangabe | 3 | — |
| | für jede weiteren 500 DM der Wertangabe | 1 | — |
| 15 | Einschreibgebühr für eine Sendung | 1 | 40 |
| 16 | Gebühr für die eigenhändige Zustellung einer Sendung | 1 | — |
| 17 | Rückscheingebühr für eine Sendung | 1 | — |
| 18 | Eilzustellgebühr für eine Sendung | | |
| | a) Briefsendungen | 2 | — |
| | b) Pakete | 2 | 50 |
| 19 | Luftpostgebühr | | |
| | für die Beförderung auf dem Luftweg innerhalb des Bereichs der Deutschen Bundespost | | |
| | a) Briefsendungen | | |
| | für je 20 g | — | 05 |
| | b) Pakete | | |
| | bis 1 kg | 1 | — |
| | jedes weitere $^{1}/_{2}$ kg mehr | — | 50 |
| | **IV. Sonstige Gebühren** | | |
| 20 | Spätgebühr für die Einlieferung einer Sendung außerhalb der Annahmezeiten | 2 | — |
| 21 | Gebühr für die Übermittlung eines nachträglichen Verlangens des Absenders | 3 | — |
| 22 | Gebühr für die Nachforschung nach einer Sendung | 2 | — |
| 23 | Zustellgebühr für ein Paket | 1 | 50 |
| 24 | Gebühr für das Bereithalten eines postlagernden Pakets zur Abholung | 1 | 50 |
| 25 | Gebühr für eine Unzustellbarkeitsanzeige | 1 | — |

## B. Fernsprechdienst

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr DM | Pf |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | |
| | **I. Handvermittelter Fernsprechdienst** | | |
| | Gewöhnliche Privatgespräche | | |
| 1 | bei einer Entfernung bis zu 10 km (Nahzone) für die Dauer von bis zu 3 Minuten | — | 30 |
| 2 | bei einer Entfernung von mehr als 10 km bis 15 km (I. Fernzone) für die Dauer von bis zu 3 Minuten | — | 45 |
| 3 | bei einer Entfernung von mehr als 15 km bis 25 km (II. Fernzone) für die Dauer von bis zu 3 Minuten | — | 60 |
| 4 | bei einer Entfernung von mehr als 25 km bis 50 km (III. Fernzone) für die Dauer von bis zu 3 Minuten | — | 87 |
| 5 | bei einer Entfernung von mehr als 50 km bis 75 km (IV. Fernzone) für die Dauer von bis zu 3 Minuten | 1 | 32 |
| 6 | bei einer Entfernung von mehr als 75 km bis 100 km (V. Fernzone) für die Dauer von bis zu 3 Minuten | 1 | 74 |
| 7 | bei einer Entfernung von mehr als 100 km bis 200 km (VI. Fernzone) für die Dauer von bis zu 3 Minuten | 2 | 16 |
| 8 | bei einer Entfernung von mehr als 200 km bis 300 km (VII. Fernzone) für die Dauer von bis zu 3 Minuten | 2 | 61 |
| 9 | bei einer Entfernung von mehr als 300 km (VIII. Fernzone) für die Dauer von bis zu 3 Minuten | 3 | 03 |
| 10 | von Berlin (West) nach Berlin (Ost) (nur im Sofortverkehr) für die Dauer von bis zu 6 Minuten | — | 23 |
| 11 | Gewöhnliche Staatsgespräche | Gebühren nach Nr. 1 bis 9 | |
| 12 | Dringende Privatgespräche | das Doppelte der Gebühren nach Nr. 1 bis 9 | |
| 13 | Dringende Staatsgespräche | das Doppelte der Gebühren nach Nr. 1 bis 9 | |
| 14 | Blitz-Privatgespräche | das Zehnfache der Gebühren nach Nr. 1 bis 9 | |

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr DM \| Pf |
|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 |
| 15 | Blitz-Staatsgespräche | das Zehnfache der Gebühren nach Nr. 1 bis 9 |
| 16 | Notgespräche | Gebühren nach Nr. 1 bis 10 |
| 17 | Persönliche Gespräche ohne Herbeiruf (V-Gespräche)<br>V-Gebühr für die Benachrichtigung der verlangten Sprechstelle über das Vorliegen der Anmeldung und für die weiteren amtlichen Mitteilungen | ein Drittel der Gebühren nach Nr. 1 bis 9; Mindestsatz —,80 DM |
| 18 | Persönliche Gespräche mit Herbeiruf durch Boten (XP-Gespräche)<br>XP-Gebühr für die Übermittlung der Anmeldung an den Bestimmungsort, für die Benachrichtigung des Verlangten und für die weiteren amtlichen Mitteilungen | ein Drittel der Gebühren nach Nr. 1 bis 9; Mindestsatz —,80 DM |

**Zu lfd. Nr. 1 bis 10**

1. Die Dauer eines Gesprächs rechnet von dem Zeitpunkt an, in dem die Gesprächsverbindung ausgeführt ist. Gespräche, die unterbrochen oder in der Gesprächsdauer beschränkt werden, bleiben gebührenpflichtig.
2. Verbindungen zur Anmeldung von Gesprächen sind gebührenfrei.

**Zu lfd. Nr. 1 bis 9**

1. Maßgebend ist die Entfernung zwischen den betreffenden Vermittlungsstellen der Deutschen Bundespost und der Deutschen Post.
2. Es wird die Gebühr für mindestens drei Minuten berechnet. Bei länger als drei Minuten dauernden Gesprächen wird die Gesprächsdauer auf volle Minuten aufgerundet; für jede drei Minuten überschießende Minute wird ein Drittel der Gebühr nach Satz 1 erhoben.

**Zu lfd. Nr. 10**

Die Gesprächszeit ist auf sechs Minuten begrenzt.

**Zu lfd. Nr. 16**

Für Gespräche, die als Notgespräche angemeldet und geführt werden, ohne daß die Voraussetzungen hierfür gegeben sind, sind Gebühren wie für Blitzgespräche zu entrichten.

**Zu lfd. Nr. 17**

1. Die V-Gebühr wird nicht erhoben, wenn die gewünschte Gesprächsverbindung nicht zustande kommt.
2. Neben der V-Gebühr hat der Anmelder die Gesprächsgebühren zu entrichten.

**Zu lfd. Nr. 18**

1. Die XP-Gebühr wird geschuldet, sobald der Bote entsandt worden ist.
2. Neben der XP-Gebühr hat der Anmelder die Gesprächsgebühren zu entrichten.

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gesprächsdauer für eine Ortsgesprächsgebühreneinheit |
|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 |
| | **II. Vollautomatischer Fernsprechdienst** | |
| | Die Gebühren beim vollautomatischen Fernsprechdienst werden nach der Gesprächsdauer in Ortsgesprächsgebühreneinheiten (0,23 DM) berechnet. Die Gesprächsdauer für eine Ortsgesprächsgebühreneinheit beträgt | |
| 19 | bei einer Entfernung bis 25 km (I. Zone) | 45 Sekunden |
| 20 | bei einer Entfernung von mehr als 25 km bis 50 km (II. Zone) | 30 Sekunden |
| 21 | bei einer Entfernung von mehr als 50 km bis 100 km (III. Zone) | 15 Sekunden |
| 22 | bei einer Entfernung von mehr als 100 km (IV. Zone) | 12 Sekunden |
| 23 | bei Gesprächen von Berlin (West) nach Berlin (Ost) | 360 Sekunden |

**Zu lfd. Nr. 19 bis 23**

1. Die Dauer eines Gesprächs rechnet von dem Zeitpunkt an, in dem die Gesprächsverbindung ausgeführt ist. Gespräche, die unterbrochen oder in der Gesprächsdauer beschränkt werden, bleiben gebührenpflichtig.
2. Bei Gesprächen nach Nr. 19 bis 23 wird für jeden Bruchteil der geltenden Zeiteinheiten (Gesprächsdauer für eine Ortsgesprächsgebühreneinheit), der zu Beginn und am Ende eines Gesprächs entsteht, eine volle Ortsgesprächsgebühreneinheit erhoben. Auf die Summe der Ortsgesprächsgebühren, die sich aus der Zahl der erfaßten Ortsgesprächsgebühreneinheiten ergibt, wird dem Teilnehmer, dem Inhaber einer gemeindlichen öffentlichen Sprechstelle oder dem Inhaber einer öffentlichen Sprechstelle mit gewöhnlichem Sprechapparat bei Privaten ein Nachlaß von 1 v.H. gewährt.

**Zu lfd. Nr. 19 bis 22**

Maßgebend ist die Entfernung zwischen den betreffenden Hauptvermittlungsstellen der Deutschen Bundespost und der Deutschen Post. Für Verkehrsbeziehungen aus dem Ortsnetz Berlin (West) wird die Entfernung zwischen den jeweiligen Knotenvermittlungsstellen zugrundegelegt.

## C. Telegrammdienst

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Dienstvermerke*) | Gebühr DM | Gebühr Pf |
|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | |
| | **I. Hauptgebühren** | | | |
| 1 | Gewöhnliche Privattelegramme, je Wort | | — | 60 |
| 2 | Gewöhnliche Privattelegramme von Berlin (West) nach Berlin (Ost), je Wort | | — | 20 |
| 3 | Dringende Privattelegramme, je Wort | URGENT | das Doppelte der Gebühr nach Nr. 1 oder 2 | |
| 4 | Telegramme zum Schutz des menschlichen Lebens | SVH | Gebühr nach Nr. 1 oder 2 | |
| 5 | Staatstelegramme | ETATPRIORITENATIONS, ETATPRIORITE, ETAT | Gebühr nach Nr. 1 oder 2 | |
| | Telegramme, die durch die Genfer Konvention vom 12. August 1949 geschützte Personen betreffen | | | |
| 6 | mit dem Dienstvermerk | RCT | ein Viertel der Gebühr nach Nr. 1 oder 2 | |
| 7 | mit den Dienstvermerken | URGENT RCT | Gebühr nach Nr. 1 oder 2 | |
| 8 | Wettertelegramme | OBS | Gebühr nach Nr. 1 oder 2 | |
| | **II. Nebengebühren** | | | |
| 9 | Zuschlag für (einfaches) Schmuckblatttelegramm, ohne Rücksicht auf die Wortzahl | LX, LXDEUIL | 2 | — |
| 10 | Sonderdienste und -leistungen | | die allgemein geltenden Nebengebühren | |

**Zu lfd. Nr. 1 bis 3**

Es wird mindestens die Gebühr für sieben Wörter erhoben.

*) Jeder verwendete Dienstvermerk zählt als ein gebührenpflichtiges Wort

## D. Telexdienst

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Verbindungsdauer für eine Gebühreneinheit von 0,10 DM |
|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 |
| 1 | für Telexverbindungen von Berlin (West) nach Berlin (Ost) | 15 Sekunden |
| 2 | für die übrigen Telexverbindungen | $8\frac{4}{7}$ Sekunden |

**Zu lfd. Nr. 1**

In der Zeit von 18.00 bis 6.00 Uhr beträgt die Verbindungsdauer für eine Gebühreneinheit 45 Sekunden.

## E. Seefunkdienst

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr DM | Gebühr Pf |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | |
| | **I. Seefunkgespräche** | | |
| | Richtung Land—See | | |
| | von Orten im Bereich der Deutschen Bundespost | | |
| | — über Küstenfunkstellen der Bundesrepublik Deutschland an Seefunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik | | |
| | Gespräche auf Ultrakurzwelle | | |
| 1 | aus Fernsprechortsnetzen des Knotenvermittlungsstellenbereichs, in dem die Küstenfunkstelle liegt | 4 | 81 |
| | aus Fernsprechortsnetzen eines Knotenvermittlungsstellenbereichs, dessen Knotenamt von der Küstenfunkstelle entfernt ist | | |
| 2 | bis zu 25 km | 5 | 27 |
| 3 | von mehr als 25 km bis 50 km | 5 | 73 |
| 4 | von mehr als 50 km bis 100 km | 7 | 11 |
| 5 | von mehr als 100 km | 7 | 80 |
| 6 | Gespräche auf Grenzwelle | 12 | — |
| 7 | Gespräche auf Kurzwelle | 30 | — |
| | — über Küstenfunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik an Seefunkstellen der Bundesrepublik Deutschland | | |
| | — über Küstenfunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik an Seefunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik | | |
| 8 | Gespräche auf Ultrakurzwelle | 7 | 80 |
| 9 | Gespräche auf Grenzwelle | 12 | — |
| 10 | Gespräche auf Kurzwelle | 30 | — |
| | Richtung See—Land | | |
| | von Seefunkstellen der Bundesrepublik Deutschland | | |
| | — über Küstenfunkstellen der Bundesrepublik Deutschland nach Orten im Bereich der Deutschen Post | | |
| | — über Küstenfunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik nach Orten im Bereich der Deutschen Bundespost | | |
| 11 | Gespräche auf Ultrakurzwelle | 7 | 80 |
| 12 | Gespräche auf Grenzwelle | 12 | — |
| 13 | Gespräche auf Kurzwelle | 30 | — |

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr DM | Pf |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | |
| | — über Küstenfunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik nach Orten im Bereich der Deutschen Post | | |
| 14 | Gespräche auf Ultrakurzwelle | 6 | — |
| 15 | Gespräche auf Grenzwelle | 12 | — |
| 16 | Gespräche auf Kurzwelle | 30 | — |
| 17 | Gebühr für jede angefangene, über drei Minuten hinausgehende Minute | ein Drittel der Gebühren nach Nr. 1 bis 16 | |
| | Zuschlag für persönliche Seefunkgespräche | | |
| 18 | — ohne Herbeiruf (V-Gespräch) | 1 | — |
| 19 | — mit Herbeiruf durch Boten (XP-Gespräch) | 1 | — |
| | Rheinfunk | | |
| | Rheinfunkgespräche nach Orten im Bereich der Deutschen Post | | |
| 20 | bis zu drei Minuten Dauer | 6 | 60 |
| 21 | für jede angefangene, über drei Minuten hinausgehende Minute | 2 | 20 |
| 22 | Zuschlag für persönliche Rheinfunkgespräche | Zuschlag nach Nr. 18 oder 19 | |

**Zu lfd. Nr. 1 bis 16**

1. Die unter Nr. 1 bis 16 angegebenen Gebühren werden für Seefunkgespräche bis zu drei Minuten Dauer erhoben.
2. In den unter Nr. 1 bis 16 angegebenen Gebühren sind jeweils folgende Bordgebühren enthalten:

| | |
|---|---|
| für Seefunkgespräche auf Ultrakurzwelle | 1,20 DM |
| für Seefunkgespräche auf Grenzwelle | 3,— DM |
| für Seefunkgespräche auf Kurzwelle | 9,— DM. |

**Zu lfd. Nr. 1 bis 19**

1. Es sind gewöhnliche Seefunkgespräche und (nur in Richtung von See nach Orten im Bereich der Deutschen Post) persönliche Seefunkgespräche zugelassen.
2. Die Gebühren für Seefunkgespräche von Seefunkstellen der Bundesrepublik Deutschland über Küstenfunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik werden auf Grund der vom Zentralen Postverkehrsamt der Deutschen Post erhaltenen Nachweisungen von den Schiffseignern in der Bundesrepublik Deutschland eingezogen.

**Zu lfd. Nr. 20 bis 22**

Es sind gewöhnliche und persönliche Rheinfunkgespräche zugelassen.

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Wortgebühr DM | Pf |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | |
| | **II. Seefunktelegramme** | | |
| | Richtung Land—See | | |
| | von Orten im Bereich der Deutschen Bundespost | | |
| | — über Küstenfunkstellen der Bundesrepublik Deutschland an Seefunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik | | |
| | — über Küstenfunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik an Seefunkstellen der Bundesrepublik Deutschland | | |
| | — über Küstenfunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik an Seefunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik | | |
| 23 | Gewöhnliche Seefunktelegramme und Staats-Seefunktelegramme | 1 | 55 |
| 24 | Dringende Seefunktelegramme | 2 | 15 |
| 25 | Seefunktelegramme mit Vergleichung<br>Zuschlag zu den Gebühren für das Seefunktelegramm | die Hälfte der Gebühr nach Nr. 23 | |
| | Richtung See—Land | | |
| | von Seefunkstellen der Bundesrepublik Deutschland | | |
| | — über Küstenfunkstellen der Bundesrepublik Deutschland nach Orten im Bereich der Deutschen Post | | |
| | — über Küstenfunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik nach Orten im Bereich der Deutschen Bundespost | | |
| | — über Küstenfunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik nach Orten im Bereich der Deutschen Post | | |
| 26 | Gewöhnliche Seefunktelegramme und Staats-Seefunktelegramme | 1 | 55 |
| 27 | Dringende Seefunktelegramme | 2 | 15 |
| 28 | Seefunktelegramme mit Vergleichung<br>Zuschlag zu den Gebühren für das Seefunktelegramm | die Hälfte der Gebühr nach Nr. 26 | |
| 29 | Wettertelegramme (OBS) an den amtlichen Wetterdienst der Deutschen Demokratischen Republik | Gebühr nach Nr. 26 | |

**Zu lfd. Nr. 23 bis 29**

1. Mindestgebühren werden nicht erhoben.
2. In den unter Nr. 23 bis 29 angegebenen Gebühren sind folgende Bordgebühren enthalten:
   in den Gebühren nach Nr. 23, 24, 26, 27 und 29 —,40 DM
   in den Gebühren nach Nr. 25 und 28 —,20 DM.
3. Die Gebühren für Seefunktelegramme von Seefunkstellen der Bundesrepublik Deutschland über Küstenfunkstellen der Deutschen Demokratischen Republik werden auf Grund der vom Zentralen Postverkehrsamt der Deutschen Post erhaltenen Nachweisungen von den Schiffseignern in der Bundesrepublik Deutschland eingezogen.

## F. Überlassen von Übertragungswegen für Zwecke des Rundfunks

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr DM | Gebühr Pf |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | |
| | Bei Übertragungen aus dem Bereich der Deutschen Post ist zwischen dem Abschnitt des Übertragungsweges im Bereich der Deutschen Post und dem Abschnitt des Übertragungsweges im Bereich der Deutschen Bundespost zu unterscheiden. | | |
| | **I. Bereich der Deutschen Post** | | |
| | Für den im Bereich der Deutschen Post bereitgestellten Abschnitt werden folgende Gebühren erhoben: | | |
| | A. Überlassung für kurze Zeit | | |
| | *Ton-Übertragungswege für Mono-Übertragung* | | |
| | für gebührenpflichtige Längen | | |
| 1 | bis 50 km je Minute | 1 | 20 |
| 2 | über 50 km je Minute | 9 | — |
| | *Ton-Übertragungswege für Stereo-Übertragung* | | |
| | für gebührenpflichtige Längen | | |
| 3 | bis 50 km je Minute | 2 | 60 |
| 4 | über 50 km je Minute | 19 | 50 |
| | *Fernseh-Übertragungswege* | | |
| | für gebührenpflichtige Längen | | |
| 5 | bis 50 km je Minute | 9 | — |
| 6 | über 50 km je Minute | 60 | — |
| | *Als Melde-Übertragungswege verwendete Fernsprech-Übertragungswege* | | |
| | für gebührenpflichtige Längen | | |
| 7 | bis 50 km je Minute | — | 80 |
| 8 | über 50 km je Minute | 6 | — |
| 9 | Zuschlag für die Gebühren nach Nr. 7 und 8 bei vierdrähtiger Führung zu den Endpunkten | 1/3 der Gebühren nach Nr. 7 und 8 | |
| | Sonderkosten | | |
| | Sofern zur Durchführung von Übertragungen besondere Einrichtungen oder besonders eingerichtete Übertragungswege im Bereich der Deutschen Post bereitgestellt werden müssen, werden als Sonderkosten folgende Pauschalbeträge berechnet: | | |
| 10 | bei Tonübertragungen | 300 | — |
| 11 | bei Fernsehübertragungen | 900 | — |
| | B. Dauernde Überlassung | | |
| | *Ton-Übertragungswege für Mono-Übertragung* | | |
| | bei gebührenpflichtigen Längen | | |
| 12 | bis 100 km: monatlich für jeden km | 40 | — |
| 13 | über 100 km: monatlich für jeden über 100 km hinausgehenden km | 10 | — |

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr DM | Pf |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | |
| | *Ton-Übertragungswege für Stereo-Übertragung* | | |
| | bei gebührenpflichtigen Längen | | |
| 14 | bis 100 km: | | |
| | monatlich für jeden km | 88 | — |
| 15 | über 100 km: | | |
| | monatlich für jeden über 100 km hinausgehenden km | 22 | — |
| | *Fernseh-Übertragungswege* | | |
| | bei gebührenpflichtigen Längen | | |
| 16 | bis 50 km: | | |
| | monatlich für jeden km | 500 | — |
| 17 | über 50 km bis 100 km: | | |
| | monatlich für jeden über 50 km hinausgehenden km | 400 | — |
| 18 | über 100 km: | | |
| | monatlich für jeden über 100 km hinausgehenden km | 350 | — |
| | *Als Ton-Übertragungswege für Mono-Übertragung oder als Melde-Übertragungswege verwendete Fernsprech-Übertragungswege* | | |
| | bei gebührenpflichtigen Längen | | |
| 19 | bis 50 km: | | |
| | monatlich für jeden km | 40 | — |
| 20 | über 50 km bis 100 km: | | |
| | monatlich für jeden über 50 km hinausgehenden km | 12 | — |
| 21 | über 100 km: | | |
| | monatlich für jeden über 100 km hinausgehenden km | 4 | — |
| | **II. Bereich der Deutschen Bundespost** | | |
| | Für den im Bereich der Deutschen Bundespost bereitgestellten Abschnitt werden die hierfür allgemein geltenden Gebühren erhoben. | | |
| | Gebühren für die Bearbeitung von Anträgen auf Überlassung von Übertragungswegen werden nicht berechnet. | | |

**Zu lfd. Nr. 1 bis 9**

1. Es wird mindestens die Gebühr für 20 Überlassungsminuten berechnet.
2. Für die Berechnung der gebührenpflichtigen Länge wird die Entfernung zwischen dem Endpunkt des Übertragungsweges im Bereich der Deutschen Post und dem tatsächlichen Grenzübergang des Übertragungsweges zugrundegelegt.

**Zu lfd. Nr. 12 bis 21**

1. Für die Berechnung der gebührenpflichtigen Länge wird die Entfernung zwischen dem Endpunkt des Übertragungsweges im Bereich der Deutschen Post und dem tatsächlichen Grenzübergang des Übertragungsweges zugrundegelegt.
2. Die Vorschrift 1 zu lfd. Nr. 1 bis 46 des Abschnitts G. gilt sinngemäß.

**Zu lfd. Nr. 19 bis 21**

Falls für Fernsprech-Übertragungswege eine besondere Ausführung, z. B. vierdrähtige Führung oder erweiterte Nutzung, vorgesehen ist, wird eine diesen Forderungen entsprechende Zusatzgebühr erhoben.

## G. Überlassen von Übertragungswegen für sonstige Zwecke

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr DM | Pf |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | |
| | Für das Überlassen posteigener Telegrafenwege, Fernsprechwege und Breitbandwege sind für den im Bereich der Deutschen Bundespost bereitgestellten Abschnitt des Übertragungsweges die nachstehend unter I. und II. genannten monatlichen Gebühren und gegebenenfalls die nachstehend unter III. bis V. genannten monatlichen Zuschläge zu entrichten: | | |
| | **I. Übertragungsweggebühren** | | |
| | Telegrafenwege | | |
| | bei 50-Baud-Telegrafenwegen | | |
| 1 | für den Teil bis 5 km je 100 m | 4 | — |
| 2 | für den Teil von mehr als 5 km bis 25 km je 100 m | 1 | 40 |
| 3 | für den Teil von mehr als 25 km bis 50 km je 100 m | — | 40 |
| 4 | für den Teil von mehr als 50 km je 100 m | — | 16 |
| | bei 100-Baud-Telegrafenwegen | | |
| 5 | für den Teil bis 5 km je 100 m | 4 | — |
| 6 | für den Teil von mehr als 5 km bis 25 km je 100 m | 2 | — |
| 7 | für den Teil von mehr als 25 km bis 50 km je 100 m | — | 60 |
| 8 | für den Teil von mehr als 50 km je 100 m | — | 24 |
| | bei 200-Baud-Telegrafenwegen | | |
| 9 | für den Teil bis 5 km je 100 m | 4 | — |
| 10 | für den Teil von mehr als 5 km bis 25 km je 100 m | 2 | 40 |
| 11 | für den Teil von mehr als 25 km bis 50 km je 100 m | — | 70 |
| 12 | für den Teil von mehr als 50 km je 100 m | — | 32 |
| | Fernsprechwege | | |
| 13 | für den Teil bis 25 km je 100 m | 4 | — |
| 14 | für den Teil von mehr als 25 km bis 50 km je 100 m | 1 | 20 |
| 15 | für den Teil von mehr als 50 km je 100 m | — | 40 |

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr DM | Pf |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | |
| | Breitbandwege | | |
| | bei 10-kHz-Breitbandwegen | | |
| 16 | für den Teil bis 15 km je 100 m | 7 | — |
| 17 | für den Teil von mehr als 15 km bis 50 km je 100 m | 3 | — |
| 18 | für den Teil von mehr als 50 km je 100 m | 1 | 50 |
| | bei 48-kHz-Breitbandwegen | | |
| 19 | für den Teil bis 15 km je 100 m | 20 | — |
| 20 | für den Teil von mehr als 15 km bis 50 km je 100 m | 12 | — |
| 21 | für den Teil von mehr als 50 km je 100 m | 3 | 50 |
| | bei 240-kHz-Breitbandwegen | | |
| 22 | für den Teil bis 15 km je 100 m | 30 | — |
| 23 | für den Teil von mehr als 15 km je 100 m | 15 | — |
| | **II. Ausgleichsgebühren** | | |
| | bei Telegrafenwegen und Fernsprechwegen mit einer gebührenpflichtigen Länge | | |
| 24 | bis 5 km | 20 | — |
| 25 | von mehr als 5 km bis 12,5 km | 37 | 50 |
| 26 | von mehr als 12,5 km bis 25 km | 57 | 50 |
| 27 | von mehr als 25 km bis 50 km | 95 | — |
| 28 | von mehr als 50 km | 145 | — |
| | **III. Zuschlag für erweiterte Ausnutzung** | | |
| | bei Fernsprechwegen und 10-kHz-Breitbandwegen mit einer gebührenpflichtigen Länge | | |
| 29 | bis 5 km | 80 | — |
| 30 | von mehr als 5 km bis 12,5 km | 150 | — |
| 31 | von mehr als 12,5 km bis 25 km | 230 | — |
| 32 | von mehr als 25 km bis 50 km | 380 | — |
| 33 | von mehr als 50 km | 580 | — |
| | bei 48-kHz-Breitbandwegen mit einer gebührenpflichtigen Länge | | |
| 34 | bis 5 km | 240 | — |
| 35 | von mehr als 5 km bis 12,5 km | 450 | — |
| 36 | von mehr als 12,5 km bis 25 km | 690 | — |
| 37 | von mehr als 25 km bis 50 km | 1 140 | — |
| 38 | von mehr als 50 km | 1 740 | — |

| Lfd. Nr. | Gegenstand | Gebühr DM | Gebühr Pf |
|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | |
| | bei 240-kHz-Breitbandwegen mit einer gebührenpflichtigen Länge | | |
| 39 | bis 5 km | 1 200 | — |
| 40 | von mehr als 5 km bis 12,5 km | 2 250 | — |
| 41 | von mehr als 12,5 km bis 25 km | 3 450 | — |
| 42 | von mehr als 25 km bis 50 km | 5 700 | — |
| 43 | von mehr als 50 km | 8 700 | — |
| | **IV. Zuschlag für vierdrähtige Führung** | | |
| 44 | bei Telegrafenwegen | 150 | — |
| 45 | bei Fernsprechwegen | 200 | — |
| | **V. Zuschlag für besondere Übertragungsgüte nach CCITT-Empfehlung M 102** | | |
| 46 | bei Fernsprechwegen | 240 | — |

**Zu lfd. Nr. 1 bis 46**

1. Bei einem dauernd überlassenen Übertragungsweg werden
   für den Inbetriebnahmetag keine Gebühren und Zuschläge,
   für jeden auf den Tag der Inbetriebnahme folgenden Tag des Inbetriebnahmemonats $^1/_{30}$ der monatlichen Gebühren und Zuschläge,
   für jeden folgenden Monat die monatlichen Gebühren und Zuschläge und
   für jeden Betriebstag des Monats der Aufhebung des Übertragungsweges — einschließlich des Aufhebungstages — $^1/_{30}$ der monatlichen Gebühren und Zuschläge
   berechnet.
2. Bei einem zeitweilig — für weniger als einen Monat — überlassenen Übertragungsweg entspricht eine Überlassungszeit von 24 aufeinanderfolgenden Stunden einem Betriebstag. Es werden
   für den ersten und zweiten Betriebstag je $^1/_{10}$ der monatlichen Gebühren und Zuschläge,
   für den dritten bis zehnten Betriebstag je $^1/_{20}$ der monatlichen Gebühren und Zuschläge und
   für den 11. bis 20. Betriebstag je $^1/_{25}$ der monatlichen Gebühren und Zuschläge berechnet.
   Beim Ermitteln der Gesamtüberlassungszeit wird auf volle Tage aufgerundet. Für ein über den 20. Betriebstag (innerhalb der Höchstüberlassungszeit von einem Monat) hinausgehendes zeitweiliges Überlassen werden keine weiteren Gebührenanteile angesetzt.
3. Als gebührenpflichtige Länge des im Bereich der Deutschen Bundespost bereitgestellten Abschnitts gilt die Entfernung zwischen dem Ortsnetz, in dessen Bereich der Endpunkt des Übertragungsweges liegt, und dem Ortsnetz Hof (für alle aus den Zentralvermittlungsstellenbereichen Frankfurt am Main, München, Nürnberg und Stuttgart kommenden Übertragungswege) bzw. dem Ortznetz Helmstedt (für alle aus den Zentralvermittlungsstellenbereichen Düsseldorf, Hamburg und Hannover kommenden Übertragungswege). Liegt der Endpunkt des Übertragungsweges nur bis zu 50 km von den Ortsnetzen Hof bzw. Helmstedt entfernt, so gilt, abweichend von Satz 1, als gebührenpflichtige Länge die Entfernung zwischen dem Endpunkt des Übertragungsweges und dem Ortsnetz Hof bzw. Helmstedt. Als gebührenpflichtige Länge eines in Berlin (West) verlaufenden Abschnittes gilt einheitlich eine Entfernung von 4 km.
4. Für das Anschließen oder Ändern eines Übertragungsweges, für die Bearbeitung eines nach der Bestätigung zurückgezogenen Antrages sowie für die Wiederholung eines Abnahme oder Nachprüfung werden die hierfür allgemein geltenden Gebühren erhoben.

## Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1976 — 1 BvR 8/74 und 1 BvR 275/74 —, ergangen auf Verfassungsbeschwerden, wird nachfolgender Entscheidungssatz veröffentlicht:

§ 1 Absatz 1 Satz 1 der Verordnung zur Ausführung des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. Dezember 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1481 = Bundesgesetzbl. III 303-12-1) ist mit Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar und nichtig, soweit sich daraus eine örtliche Begrenzung der Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten ergibt.

Der vorstehende Entscheidungssatz hat gemäß § 31 Abs. 2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht Gesetzeskraft.

Bonn, den 21. Mai 1976

Der Bundesminister der Justiz
Dr. Vogel

---

# Bundesgesetzblatt
# Teil II

## Nr. 29, ausgegeben am 5. Juni 1976

## Nr. 30, ausgegeben am 9. Juni 1976




**Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz**

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten) bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,— DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.